

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 13

Artikel: Polen nach Halbjahr
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093791>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen nach Halbjahr

Nach sechs Monaten Kriegszustand ist die sowjetisch gewünschte «Normalisierung» weniger weit gekommen, als es nach einem Monat den Anschein hatte. Unruhen flackern immer wieder auf. Die Doppelführung der militärischen und parteilichen Kontrolle über das Land bewirkt Reibereien im Machtapparat. An wirtschaftliche Sanierung ist nicht zu denken. Was funktioniert, ist noch die Kirche. Und auf diese haben es die Machthaber abgesehen.

Der 13. Juni war der Halbjahrestag des Putsches in Polen. Die Leute begingen ihn auf unterschiedliche Weise.

Viele ältere Personen begnügten sich damit, Kränze oder Blumensträuße auf Friedhöfen oder bei Denkmälern niederzulegen. Zuweilen angeheftete Zettel sagten aus, was die ohnehin verstandene Meinung war: am 13. Dezember 1981 sei in Polen die Freiheit getötet worden.

Anders war die Reaktion der Jugend. Ihr Protest führte zu Zwischenfällen in etlichen Städten.

- In Wroclaw kam es zu heftigen Strassenkämpfen. Laut offiziellem Communiqué wurden 23 Polizisten durch Demonstranten verletzt. Von Opfern auf der andern Seite wusste die Verlautbarung nichts zu vermelden. Inoffizielle Quellen sprachen von 350 Verletzten, grossteils Jugendlichen unter 20 Jahren. Sie im Spital pflegen zu lassen, erwies sich für sie als ein Wagnis, weil die Sicherheitskräfte sogar Schwerverletzte aus den Spitälern abführten. 120 Personen wurden verhaftet.

- In Nowa Huta demonstrierten Arbeiter des Leninstahlwerks. Sie bauten Barrikaden aus Parkbänken, Kehrreimern und Eisenbahnschwellen, um der motorisierten Polizei den Weg zu versperren. Man verhaftete 150 Personen.

- In Gdansk und Krakow kam es ebenfalls zu Ausschreitungen, wenn auch zu weniger schweren.

★★★

Blosse Störungen auf dem Wege zur «Normalisierung»? Schon am 16. Juni registrierte man neue Zwischenfälle in Wroclaw und andern Städten. Sommer und Herbst stehen bevor, und niemand glaubt so recht an eine Beruhigung der Gemüter.

Tatsächlich hat sich die Bevölkerung mit der Lage nicht abgefunden. Nach dem Schock der militärischen Machtübernahme ist der Widerstand im Frühling wieder strassenkundig geworden, und die Junta ist der wachsenden Konfrontation mit dem Volk nicht gewachsen.

Dem Parteiapparat fehlen initiative Kräfte, die eine Sanierung der Lage herbeiführen könnten.

Er ist zu lange auf die blosse Aufrechterhaltung der Macht ausgerichtet gewesen. Persönlichkeiten mit gesellschaftlicher Autorität wurden in der Partei immer auf Abstellgeleise geschoben, wenn nicht ausgebootet. Zum Leitmotiv der Personalpolitik ist die «Mediokratie» geworden, und Sturheit ist für die Funktionäre der Willensersatz.

Nach sowjetischen Vorstellungen hätte sich die Partei unter dem Schutz des Militärregimes allmählich konsolidieren sollen. Aber nun führt die Krisenperiode seit dem Frühling zur Verschärfung von allerhand Rivalitäten zwischen den militärischen und zivilen Fraktionen des Apparats. Statt einer planmässigen Abfolge der «Normalisierung» entwickeln sich unterschiedliche Ordnungskonzepte, die einander in die Quere kommen.

★★★

Unter diesen Umständen geht die eigentliche Befehlsgewalt immer deutlicher auf die Sicherheitsorgane über, die zwar «wissen, was sie wollen», aber aufbaumässig nichts zu bieten haben. General Czeslaw Kiszczak, der Innenminister, hat faktisch die Kontrolle über die militärischen und die zivilen Sicherheitsorgane kumuliert und ist im Begriff, aus einer «grauen Eminenz» zum tonangebenden Mann des Landes zu werden.

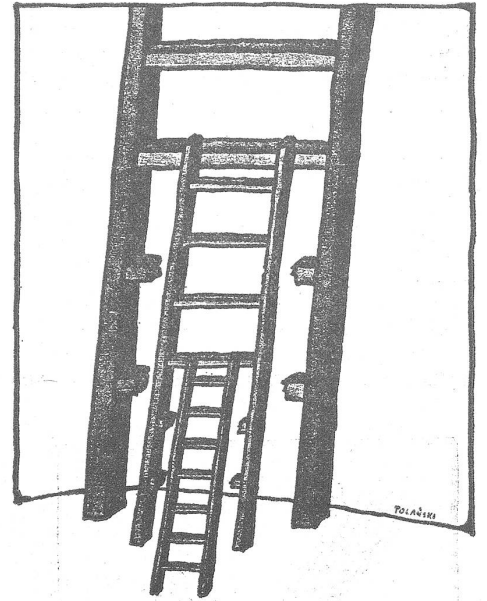
Nur hat die Volkswirtschaft Polens von solchen aufsteigenden Gorillatypen nichts zu erwarten. Sie gewährleisten geradezu, dass Reformen, die man an sich beschliesst (wohlverstanden auf rein ökonomischen Gebieten), weiterhin nur in Projekten stattfinden. Die Wirtschaftsbürokratie ist durch die Kompetenzstreitereien zwischen Armee und Parteizentren in zusätzliche Unordnung geraten; das Bruttosozialprodukt ist gegenüber dem Vorjahr um fast 15 Prozent gefallen. Doch im Apparat sorgt man sich erstrangig um Macht und Privilegien; da sind die Brötchen wichtiger als das Brot.

Die Bevölkerung hat vom «Sozialismus» bloss noch Kürzungen der ohnehin knappen Rationen an Fleisch, Fett, Butter und Zucker zu erwarten. Die «Marxisten» sind auf den Spruch «Je schlimmer für das Volk, desto besser für uns» gekommen.

★★★

Inzwischen drängt die Sowjetunion auf eine Restaurationskonsequenz, die ihrer Meinung nach überfällig ist. Sie betrifft die katholische Kirche.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften, das Verbot der kritischen Zeitschriften, die Auflösung von Studentenverband und Journalistenverband



Redimensionierung des Aufstiegs. Bild ohne Worte von «Szpilki», Warschau, 17. 6. 1982.

sind in sowjetischen Augen noch nicht genügend, solange der kirchliche Fremdkörper als Bastion verbleibt.

Wohl ist die Kirche in Polen erheblich kompromissbereiter als zum Beispiel die Untergrund-Solidarnosc, grosse Teile der Arbeiterschaft und fast die gesamte Jugend, aber Moskau wünscht keine vermittelnde Kirche, sondern eine unterworfenere.

Die polnischen Sprachrohre Moskaus leiten die Signale bereits an die polnische Öffentlichkeit.

- Die Armeezeitung «Zolnierz Wolnosci» vom 17. Juni hat die Kirche für die Unruhen in Wroclaw, Gdansk und Nowa Huta verantwortlich gemacht.

- Die Partei bezieht Position, um einen vorgesehenen Papstbesuch im Sommer zu vereiteln.

Der Besuch sollte zum 600jährigen Bestehen der Schwarzen Madonna von Tschestochau (ein Gnadenbild von grosser nationaler Bedeutung) am 26. August stattfinden. Im polnischen Episkopat finden darüber Beratungen statt, aber sie sind insofern gegenstandslos, als das sowjetische Veto offenbar schon beschlossene Sache ist. Zur Wahrung des Souveränitätsspiels wird es natürlich nicht in offizieller Form ausgesprochen,

STEIGER
DRUCK AG
BERN



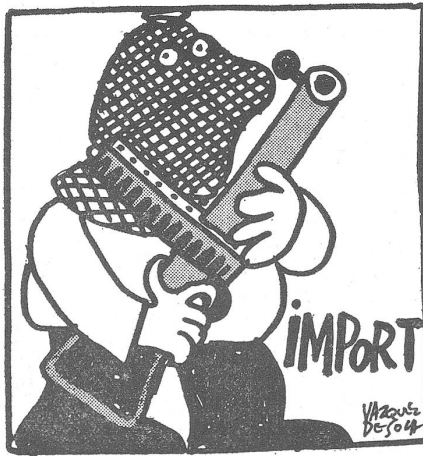
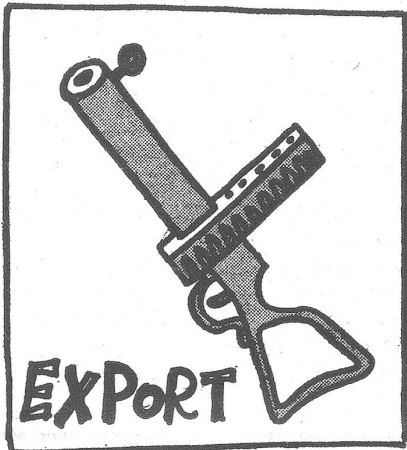
Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

aber die gesteigerten Angriffe offizieller Sowjetmedien auf den «klerikalen Antikommunismus» des Vatikans nehmen den Charakter einer gezielten Kampagne an. (Laut Tass zum Beispiel ist der Papst von Reagan ermuntert worden, via polnische Kirche erhöhte «Druck» auf die PVAP auszuüben.)

In Polen selbst hat die Partei noch nicht frontal Stellung gegen den Papstbesuch bezogen. Sie nennt «nur» als Vorbedingung die «Normalisierung des Landes», wie immer diese zu definieren wäre. Aber die Funktion der vorweggenommenen Rechtfertigung des Verbots ist klar: Leute, ihr seid dann selber schuld, dass der Papst nicht kommt. Ja, das sind sie wohl. Das richtige sozialistische System trifft wieder einmal auf die falsche Bevölkerung. *ddm*

Verrat von und an der PLO



„Le Canard Enchaîné“

Terrorimport als Quittung für Waffenexport.

Diese französische Karikatur aus dem «Canard Enchaîné» übernahm «Szpilki» (Warschau) am 10. Juni in ominöser Weise ohne Kommentar oder Legende, und ohne die Zeichnung in einem französischen oder sonstigen Kontext zu situieren. Die Quellenangabe rechts unten bemerkt der Leser erst nachträglich, wenn das Bild seine Wirkung schon ausgeübt hat, mitsamt der Bärenähnlichkeit des gestiefelten Terroristen.

Zur Brandmarkung französischer oder westlicher Zustände eignet sich die Karikatur ohnehin nicht. Wenn zum Beispiel Frankreich Waffen in arabische Länder exportiert und dafür die Tätigkeit von PLO-verbündeten Organisationen zu spüren bekommt, so ist das natürlich kein Uebernahmehemotiv für den ebenfalls PLO-verbündeten Ostblock. Was also kann die Karikatur aussagen, wenn sie in Warschau nachgedruckt wird? Dort, wo alle Leute nur an den einen Terrorimport denken...

Die militärische Niederlage im Libanon betrifft die Palästinensische Befreiungsorganisation, die PLO. Sie hat viele mächtige Beschützer und kann sich jetzt fragen, wo sie bleiben.

Instrumente kann man brauchen, aber man opfert sich nicht für sie. Jetzt bekommt die PLO diese Maxime zu spüren, die sie mit Tüchtigkeit selber gehandhabt hat.

Instrumental ist für die PLO selber zunächst das palästinensische Volk gewesen, als dessen exklusiver Vertreter, Führer, Vorkämpfer und Sprecher sie sich aufführt. Ohne Abstimmung, ohne Wahl, ohne Mandat. Sie hat sich als Kriegsorganisation die palästinensische Bevölkerung unterworfen, wo sie konnte. Die allfällige nachträgliche Zustimmung von Rekrutierten, die sozusagen keine Alternative zum Fahnenleid haben, ist kein Mandat, jedenfalls kein demokratisches. Sie ist auch nicht erueierbar. Wo die PLO herrscht (offen oder im terroristischen Untergrund), wird die Verweigerung «ihrer» Leute bestraft.

Instrumental ist für die PLO sodann die libanesischen Gastfreundschaft gewesen. Sie hat die Einladung angenommen, die ein friedliches Land ohne Wehrhaftigkeit für kriegerische Absichten bietet.

Aus Jordanien vertrieben, setzte sich die PLO ab 1969 in Libanon fest, das sich arabischem Druck beugte. Ein Abkommen gab ihr extraterritoriale Rechte in Flüchtlingslagern, im Austausch gegen die Zusicherung, mit der schwachen libanesischen Armee zusammenzuarbeiten und sich aller Tätigkeiten zu enthalten, die dem libanesischen Staat zum Schaden gereichen würden.

Die PLO dachte nicht daran, sich an das Abkommen zu halten. Ihre Krieger setzten sich im friedgewohnten Land durch. Die PLO wandelte die Flüchtlingslager zu Kriegslagern um; sie baute militärische Positionen aus für ihre Raids auf das nördliche Israel. Und sie baute gleichzeitig die Souveränität ihres Gastlandes ab, bis auch noch die syrische Armee den guten Anlass fand, als «Schiedsrichter» einzumarschieren. So zündete die PLO den ständigen Krieg in Libanon, der schliesslich (wenn das wirklich das Wort sein dürfte...) mit dem israelischen Schlag eine neue Dimension erhielt.

Wiederum haben Libanesen und Palästinenser geblutet. Aber diesmal nicht zur grösseren Ehre der PLO, die mindestens militärisch eine Schlappe erlitten hat. In die ihre unverbrüchlichen und

mächtigen Freunde nicht hineingezogen werden wollten.

Der mächtigste Beschützer ist die Sowjetunion. Sie hat in unzähligen Communiqués die PLO ihrer Unterstützung im gerechten Befreiungskampf versichert. Und sie hatte auch praktisch geholfen: mit Waffen, mit Ausbildung, mit dem ganzen weltweiten Propagandaapparat. Und dieser ist für die PLO übrig geblieben, als es zur akuten Notsituation kam. Denn für die UdSSR ist die PLO schliesslich auch nur instrumental. Und die Gesamtinteressen kommen zuerst.

Gewiss hat es zwischen Sowjetunion und PLO in mancher Hinsicht eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil (und zum Nachteil der Völker, einschliesslich der Palästinenser) gegeben. Die PLO konnte zum Beispiel die politische Werbung der Sowjets ebensogut gebrauchen wie diese den Palästinensermythos in der arabischen und sonstigen Welt. Aber sonst macht sich der Gewichtsunterschied doch bemerkbar.

Die PLO-Interessen sind in die sowjetischen Interessen eingeordnet, aber für die sowjetischen Interessen sind die PLO-Interessen nur brauchbar. Die Sowjets haben keine Absicht, den erklärten Freund aus einem konkreten Feuer zu retten, wenn sie sich dabei die Finger verbrennen könnten, und schliesslich eignet er sich im verbrannten Zustand erst recht dazu, die imperialistisch-zionistischen Brandstifter zu überführen.

Was die Sowjets im Nahen Osten brauchen, ist dauernde Instabilität, möglichst ohne Grosskonflikt. Die Anarchie in Libanon hat ihnen gepasst. Stark und souverän würde das Land ausserhalb ihrer Sphäre bleiben. Die Kräfte der Syrer und der PLO standen hingegen beide unter ihrem Einfluss und konnten zur Not immer noch gegeneinander ausgespielt werden, falls der Gehorsam beim einen oder andern zu wünschen übrig liesse.

Zur Erhaltung der Instabilität im kleineren und grösseren Raum hat sich die PLO als sehr nützlich erwiesen, ebenso zur unablässigen Vergiftung der Beziehungen zwischen dem Westen und der arabischen Welt. Aber wenn die konkrete Kriegstauglichkeit der PLO sich nicht bestätigt, überlässt Moskau den heldenhaften Freund doch lieber seinem eigenen Heroismus. Zumal es noch andere Optionen gibt.

Die PLO hat neben der Sowjetunion noch andere Freunde. Die sie in der konkreten Situation ebenso im Stich gelassen haben.

- Der syrische Diktator Asad ruft zwar die arabischen Volksmassen zur «Vernichtung der Interessen und Einrichtungen des US-Imperialismus» auf, hat aber tatenlos zugehört, wie sehr viele Palästinenser getötet wurden. (Auch die Begleichung einer kleinen Rechnung unter Brüdern kann mitgespielt haben. PLO-Gruppen hatten im Februar dieses Jahres den Aufstand der Moslembrüder im syrischen Hama unterstützt.)

- Der libysche Diktator Ghadhafi verhält sich ähnlich. Kriegerische Kehlhaute, keine konkreten Kosten. Ghadhafi ist verärgert, weil PLO-Chef Arafat seine Gehorsamspflicht ihm gegenüber nicht einsieht, und so unterstützt Libyen «grundsätzlich» zwar die PLO als solche, praktisch aber nur PLO-Untergruppierungen, die den spezifisch libyschen Bedürfnissen auch spezifisch gerecht werden und zum Beispiel persönliche

(Fortsetzung auf Seite 12)